

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Der Wandel des Bildes der FDP in der Bevölkerung: das Image der Freien Demokratischen Partei in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor den Bundestagswahlen der Jahre 1972 und 1976

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1990) : Der Wandel des Bildes der FDP in der Bevölkerung: das Image der Freien Demokratischen Partei in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor den Bundestagswahlen der Jahre 1972 und 1976, In: Lothar Albertin (Ed.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, ISBN 3-525-01324-8, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, pp. 125-150

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112284>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans D. Klingemann

Der Wandel des Bildes der FDP in der Bevölkerung

Das Image der Freien Demokratischen Partei in der
Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor den
Bundestagswahlen der Jahre 1972 und 1976

PARTEIIMAGES WAREN bisher nur selten Gegenstand der empirischen Wahlforschung in Deutschland. Detaillierte und systematische Information darüber, welche Vorstellungen der Bürger mit den politischen Parteien verknüpft, wie solche Vorstellungen die Bewertung der Parteien beeinflussen und welche Verhaltenskonsequenzen sich daraus ergeben, sucht man vergebens.

In diesem Beitrag soll versucht werden, das Bild der FDP in der Bevölkerung vor den Wahlen zum Bundestag in den Jahren 1972 und 1976 zu beschreiben. Beim gegenwärtigen Stand der Forschung erscheint der deskriptive Aspekt vordringlich. Einleitend werden methodisch-technische Probleme erörtert. Abschließend wird gefragt, welche Beziehung zwischen den Vorstellungen über die FDP und der Bereitschaft besteht, diese Partei zu wählen.

Methodisch-technische Probleme der Erfassung von Parteiimages

METHODISCH-TECHNISCHE ENTSCHEIDUNGEN sind immer auch inhaltliche Entscheidungen. Standardisierte Messungen, etwa mit dem semantischen Differential,¹ eröffnen andere Analyseperspektiven als Leitfadeninterviews.² Die Fallstudie unterliegt anderen Beschränkungen im Hinblick auf die Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse als die nationale Repräsentativumfrage.

Bilder, die sich der Bürger über politische Parteien macht, konstitu-

ieren einen wichtigen Teil des politischen Alltagswissens. Die möglichen Arten und Formen solchen Wissens sind vielfältig. Dieser Vielfalt würde eine Einengung der Reaktionsmöglichkeiten der Befragten durch die Formulierung bestimmter Antwortalternativen nicht gerecht. Die geschlossene Frage ist in dieser Situation nicht angemessen. Erfolgversprechender ist dagegen eine Methode, bei der das je individuelle Wissen und der je individuelle Bezugsrahmen zunächst festgehalten werden können. Das Leitfadenterview wäre eine solche Methode, eine Methode allerdings, die sich für die repräsentative Bevölkerungsumfrage nur sehr schlecht eignet. Will man einerseits der Vielfalt der Vorstellungen eine Chance geben und gleichzeitig eine Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse anstreben, so bietet sich die offene Frage als Kompromiß an. Und die amerikanische Forschung hat demonstriert, daß Antworten auf offene Fragen nach den guten und schlechten Seiten der politischen Parteien eine reichhaltige und fruchtbare Basis für die Analyse von Parteiimages darstellen.³ Natürlich hat auch dieser Fragentyp spezifische Probleme. Das betrifft einmal die Abhängigkeit der Qualität der Daten von der Qualität der Interviewer und zum anderen die Schwierigkeit der quantitativen Analyse der Interviewertranskripte. Wir haben die Vor- und Nachteile dieser Art der Datenerfassung mehrfach gegeneinander abgewogen und sind zu der Auffassung gelangt, daß für unsere Problemstellung die Vorteile die Nachteile überwiegen.⁴ Dies gilt besonders dann, wenn die Antworten der Befragten maschinenlesbar aufbereitet sind und mit Hilfe eines Textanalyzesystems manipuliert werden können. Für die von uns präsentierten Daten trifft dieser Sachverhalt zu.

Im Oktober 1972 und im Mai 1976 wurde je einer Stichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik die folgende, offene Frage vorgelegt:

»Könnten Sie jetzt bitte einmal sagen, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien: SPD, CDU/CSU und FDP sind? . . .

Und nun zu den guten und schlechten Seiten der FDP.
Was gefällt Ihnen an der FDP?
Und was gefällt Ihnen an der FDP nicht?«

1972 wurden 1588 Personen befragt, 1976 waren es 2076. Die Zahl der von den Interviewern mitgeschriebenen Wörter betrug 18246 im Jahr 1972 und 29792 im Jahre 1976. Die zehn jeweils am häufigsten

vorkommenden, sinntragenden Wörter der FDP-Kommentierung, die in Tabelle 1 aufgeführt sind, geben bereits einen ersten Hinweis auf die Konstanz und den Wechsel wichtiger Imagekomponenten.

Tabelle 1: Übersicht über die in den Antworten der Befragten vorkommenden zehn am häufigsten genannten, sinntragenden Wörter

1976	1972
SPD	SPD
Genscher	Scheel
Koalition	Genscher
CDU	Politik
Politik	CDU
Scheel	Außenpolitik
Friderichs	Waage
Liberale	Regierung
Waage	Koalition
Politiker	Außenminister

Für die Kategorisierung der Antworten haben wir eine konventionelle Verschlüsselung gewählt. Dabei wurden beide Umfragen von den gleichen Vercodern und unter Verwendung des gleichen Klassifikationsschemas bearbeitet. Das Klassifikationsschema ist an anderer Stelle ausführlich beschrieben worden.⁵ Eine Skizze seiner wesentlichen Merkmale kann daher hier genügen. Kleinste Einheit der Verschlüsselung ist das Argument. Alle in den Antworten der Befragten vorgefundenen Argumente wurden vercodet. Drei Eigenschaften des Arguments werden erfaßt:

1. Der Typ der mit der Partei verknüpften Eigenschaft (Typ des Imageelements).
2. Die Einstellung des Befragten zu dieser Eigenschaft (positiv/negativ).
3. Die Art der Verknüpfung der so bewerteten Eigenschaft mit der politischen Partei (assoziativ/dissoziativ).

Die Ausprägungen von 2. und 3. bestimmen in ihrer Kombination die Einstellung des Befragten zu der politischen Partei, soweit es das betrachtete Argument betrifft.

Das Klassifikationsschema umfaßt insgesamt 58 Kategorien im Hinblick auf die Typologie der Imageelemente. Es ist in seinem vollen Umfang im Anhang aufgeführt. Soweit es die spezifischen Eigenschaf-

ten der politischen Parteien betrifft, werden sieben Obergruppen unterschieden:

1. Ideologische Eigenschaften
2. Eigenschaften bezogen auf soziale Gruppen
3. Eigenschaften bezogen auf Innenpolitik
4. Eigenschaften bezogen auf Außenpolitik
5. Eigenschaften bezogen auf Regierung, Opposition und Partei
6. Eigenschaften bezogen auf Politiker
7. Unpolitische Eigenschaften.

Die Vercodung erbrachte 2,3 Codes pro Interview im Jahre 1972 und 2,6 Codes im Jahre 1976. Die Verlässlichkeit der Verschlüsselung war zufriedenstellend.

Beschreibung der Ergebnisse

VERGlichen mit der SPD oder der CDU/CSU ist die FDP ein relativ unbekanntes Wesen. Im Jahre 1972 konnten 28 Prozent der Befragten weder gute noch schlechte Seiten der Partei anführen. Dieser Prozentsatz war für das Jahr 1976 wesentlich günstiger; er lag bei 19 Prozent der Befragten. Die „Verbesserung“ ist indes vor allem darauf zurückzuführen, daß 1976 mehr Befragte sich zu den schlechten Seiten der FDP äußerten (1972: 42% keine Äußerung zu den schlechten Seiten der FDP; 1976: 33%).

Durch die Bestimmung des Anteils der Befragten, die über die FDP nichts sagen können oder wollen, ist der Anteil der Befragten, die mit der Partei spezifische und politische Vorstellungen verbinden, jedoch noch nicht festgelegt.

Eine zahlenmäßig durchaus gewichtige Gruppe von Argumenten ist unspezifischer und, zu einem geringen Teil, unpolitischer Natur. Unspezifisch ist dabei definiert als ein mangelnder Grad an Differenzierung des Arguments. Antworten wie: »Mir gefällt nichts an der FDP.« oder: »Mir gefällt alles an der FDP.« sind charakteristisch für das unspezifische Argument. 1972 waren 17 Prozent, 1976 zehn Prozent aller Argumente in diesem Sinne unspezifisch.

Wie auch bei der CDU/CSU (1976: 71%; 1972: 76%) und der SPD (1976: 73%; 1972: 62%) wird hiermit vor allem eine negative Bewertung ausgedrückt. 1976 waren dies 67 Prozent aller unspezifischen Argumente im Zusammenhang mit der FDP, 1972 waren es 79 Pro-

zent. Ein hoher Grad negativen Affektes schlägt sich also vornehmlich in einer solchen, undifferenzierten Antwort nieder.

Weniger ins Gewicht fallend sind die unpolitischen Argumente, die zur Beurteilung der FDP herangezogen werden. Dabei wird unter unpolitisch verstanden, wenn der Befragte etwa auf die Kleidung oder das Aussehen von Politikern Bezug nimmt, oder aber die Partei deshalb für gut oder schlecht hält, weil man das in der Familie schon immer so gesehen hat. 1976 traten vier Prozent, 1972 zwei Prozent solcher Argumente auf. Dabei halten sich die in dieser Form geäußerten positiven und negativen Urteile in etwa die Waage.

Die Antwort auf die Frage nach der gewichtigsten Komponente des FDP-Images fällt überraschend leicht. Sowohl 1972 als auch 1976 wird die Partei in erster Linie durch Konzepte beschrieben, die in allgemeiner Weise auf ihre Funktion im Parteiensystem, ihre politische Moral oder ihre generelle Leistungsfähigkeit Bezug nehmen. Der Anteil solcher Konzepte an der Gesamtzahl der genannten Konzepte betrug im Jahre 1972 47 Prozent und im Jahre 1976 53 Prozent. Dabei muß bedacht werden, daß dieser Konzepttyp allgemeinen Charakter hat; spezielle Kompetenzzuschreibungen im Hinblick auf innen- und außenpolitische Probleme werden nicht mit erfaßt.

Auch für die Vorstellungen der Bevölkerung von der CDU/CSU und der SPD sind allgemeine Regierungs- und Oppositionsleistungen sowie Urteile über politische Moral von großer Bedeutung. Kennzeichnend für die FDP ist jedoch der Verweis auf ihr Koalitionsverhalten und ihre Koalitionsmöglichkeiten. Wurden Koalitionsfragen aufgeworfen, so bezogen sie sich 1972 und 1976 zu über 90 Prozent auf die Freie Demokratische Partei.

Die zentrale Stellung der Koalitionsproblematik im Vorstellungsbild, daß sich die Bevölkerung von der FDP macht, zeigt, daß die besondere Funktion und die besondere Machtposition der FDP im Parteiensystem der Bundesrepublik durchaus erkannt werden. Wenn ihr auch sonst kaum Kompetenzen zugerechnet werden: die FDP entscheidet, wer regieren soll.

Das Koalitionsthema wird indirekt auch in der Kategorie »Politische Moral« widergespiegelt. Hier geht es um Wankelmütigkeit, Standfestigkeit, Machthunger und ähnliche Eigenschaften. Im Gegensatz zur Kategorie des Koalitionsverhaltens wird diese Kategorie jedoch in gleichem Umfang auch zur Beschreibung von CDU/CSU und SPD herangezogen.

Betrachtet man den Bewertungsaspekt aller dieser Konzepte, so muß man feststellen, daß sie in erster Linie zur negativen Image-Kom-

ponente beitragen. Im Koalitionsbereich beträgt das Verhältnis von positiven zu negativen Argumenten vier zu sechs; im Bereich der Moral-Argumente knapp zwei zu acht.

Die FDP kann, das zeigt die Inspektion der einzelnen Antworten, im Koalitionsbereich nicht gewinnen. Die Anhänger der Partei, mit der die FDP nicht koalitiert, schreiben ihr dies negativ zu. Die Anhänger der Koalitionspartei finden es zwar gut, daß die FDP gerade mit ihnen zusammengeht, doch meint unter ihnen eine große Zahl auch, daß es die FDP ist, die bei der Verwirklichung der eigentlich wichtigen Ziele bremst. Und die Anhänger der FDP meinen eben dies auch, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen.

Unter dem Aspekt der politischen Moral werden, das gilt für die CDU/CSU und SPD gleichermaßen, stets die eher negativen Züge des politischen Geschäfts betont.

Insgesamt sind 1972 und 1976 knapp Zweidrittel der Argumente negativ, in denen Eigenschaften erwähnt werden, die auf die generelle Kategorie »Regierung, Opposition, Partei« Bezug nehmen. Im Vergleich zu 1972 hat sich dieser Konzepttyp 1976 in seinem Gewicht für das FDP-Image um sechs Prozentpunkte erhöht.

Konzepte, die auf Politiker bezogen sind, machen, wenn auch mit weitem Abstand, den zweitgrößten Teil der spezifischen Konzepte aus, die das FDP-Image prägen. Im Jahre 1972 waren es 16 Prozent; im Jahre 1976 zwölf Prozent der insgesamt für die Beurteilung der Partei verwendeten Argumente. 1972 wurde hierbei vor allem in allgemeiner Weise auf Politiker der FDP Bezug genommen; der Parteiführer, Walter Scheel, folgte mit knappem Abstand; danach kamen konkrete Verweise auf sonstige FDP-Politiker, vornehmlich in namentlicher Nennung. 1976 trat das Gewicht des nunmehrigen Parteiführers, Hans Dietrich Genscher, zurück. Sonstige FDP-Politiker, vor allem Friderichs, wurden stärker in die Vorstellungen über die FDP aufgenommen.

Die Image-Komponente der FDP, die von Referenzen auf Politiker bestimmt ist, ist weit positiver ausgeprägt, als dies bei der CDU/CSU (1976: 44%; 1972: 36%) und der SPD (1976: 54%; 1972: 41%) der Fall war. 70 Prozent (1972) bzw. 81 Prozent (1976) der auf Politiker bezogenen Argumente wirkten sich positiv für die FDP aus. Der etwas geringere Anteil positiver Kommentare im Jahre 1972 ist dabei eindeutig auf die damalige politische Situation, auf das Problem der »Überläufer« zurückzuführen. Insgesamt aber, das zeigt die Analyse, wird die FDP für eine Partei mit guten Politikern gehalten, ein Umstand, der im Parteiimage positiv zu Buche schlägt.

Die ideologische Image-Komponente besitzt, durchaus im Sinne der Re-Ideologisierungshypothese, ein vergleichsweise beachtliches Gewicht. Der Kern der ideologischen Komponente des FDP-Image wird durch den Begriff »liberal« repräsentiert. Auf diese Weise wird die Partei mit der Ideenwelt des politischen Liberalismus verbunden. Dies ist durchaus ein Spezifikum der FDP. Wurde der Begriff von den Befragten zur Beurteilung der politischen Parteien herangezogen, so wurde er 1972 zu 81 Prozent, 1976 zu 69 Prozent mit der FDP verknüpft. Der leichte Rückgang in der Eindeutigkeit der Zurechnung kam 1976 der CDU/CSU am meisten zugute. Die Bemühungen dieser Partei, das Symbol »liberal« auch für sich zu reklamieren, haben also einen gewissen Erfolg gehabt. »Liberal« wird, im Gegensatz zu »links« oder »konservativ«, von der Bevölkerung nahezu ausschließlich positiv bewertet. Bei dem Gewicht, das der Begriff besitzt, gereicht die ideologische Image-Komponente der FDP durchaus zum Vorteil. Insgesamt drückten 1972 66 Prozent, 1976 70 Prozent der ideologischen Argumente eine positive Einstellung zu den Freien Demokraten aus. Diese Relation ist weit positiver als die entsprechenden Relationen, die für die CDU/CSU (1972: 49%; 1976: 53%) und die SPD (1972: 41%; 1976: 37%) festgestellt wurden. Es entspricht der Annahme eines höheren Ideologierungsgrades im Wahljahr 1976, daß sich das Gewicht der ideologischen Komponente des FDP-Image 1976 gegenüber 1972 vergrößert hat.

Konkrete Bezüge auf die Innen- und Außenpolitik sind selten im FDP-Image. Zusammengenommen machen sie 1972 acht Prozent, 1976 sieben Prozent aller Argumente aus, die für oder gegen die Partei vorgebracht werden. Im Gegensatz dazu war diese Image-Komponente bei der SPD mit jeweils etwa 40 Prozent und bei der CDU/CSU mit jeweils 18 Prozent weit deutlicher ausgeprägt. Dies Ergebnis entspricht der Feststellung früherer Forschungen: Die FDP besitzt kein spezifisches Issue-Profil. Die Bemühungen der Freien Demokraten, durch die Übernahme wichtiger Ressorts hier Abhilfe zu schaffen, haben keinen durchschlagenden Erfolg gehabt. Spontan fällt der Bevölkerung im Zusammenhang mit der FDP jedenfalls wenig Konkretes ein.

Die Idee der Profilierung durch die Kontrolle von Ministerien ist sicher im Ansatz richtig. Nimmt man die wenigen spezifischen Hinweise auf Innen- und Außenpolitik zusammen, so entfielen 1972 innerhalb dieses Bereichs 48 Prozent der Argumente auf die Außenpolitik, darunter in erster Linie auf die Ostpolitik. 1976 ging der Anteil außenpolitischer Vorstellungen im Zusammenhang mit der FDP auf 30 Pro-

zent zurück. Dagegen stieg der Anteil wirtschaftspolitischer Kommentare von 24 Prozent auf 34 Prozent an. Für den Bereich der inneren Sicherheit ergaben sich 1972 22 Prozent der Argumente; 1976 waren es nur noch vier Prozent. Hier spiegeln sich sicherlich die Aktivitäten von FDP-Ministern. Es zeigt sich aber auch, daß die Verschiebung der Gewichte von der jeweiligen politischen Situation mitbestimmt wird.

Im Hinblick auf die Bewertung bleibt zu sagen, daß sie im außenpolitischen Sektor – auch im Vergleich zu SPD und CDU/CSU – sehr positiv ist.

Im innenpolitischen Bereich halten sich 1972 positive und negative Argumente in etwa die Waage. 1976 ist der Anteil positiver Vorstellungen über die FDP-Innenpolitik angestiegen.

Gruppenbezüge spielen im Image der FDP, wie die konkreten innen- und außenpolitischen Fragen, nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil solcher Argumente an den gesamten, im Zusammenhang mit der FDP geäußerten Argumenten, betrug 1972 vier Prozent und 1976 fünf Prozent. Für die SPD und CDU/CSU ergaben sich in den genannten Jahren etwa doppelt so hohe Anteilssätze. Es ist also keineswegs so, daß die FDP in erster Linie als Vertreterin von Gruppeninteressen begriffen wird. Zudem wird die gruppenbezogene Image-Komponente, soweit sie vorhanden ist, überwiegend negativ definiert. Dieses Schicksal teilt die FDP mit der CDU/CSU, während sich für die SPD Gruppenbezüge in erster Linie positiv auswirken.

Im einzelnen kann man erkennen, daß die FDP mit der als negativ gesehenen Oberschicht verknüpft und von der eher positiv bewerteten Unterschicht abgesetzt wird. Insgesamt waren 1972 74 Prozent aller gruppenbezogenen Argumente negativ. Positiv angerechnet wird der FDP dagegen die Verbindung mit der Mittelschicht. Da dieser Bezug 1976 wieder sehr viel deutlicher hergestellt wurde, hat sich der Anteil der negativen Argumente im gruppenbezogenen Bereich 1976 auf 55 Prozent vermindert. Diese Image-Komponente zu fördern, läge also sicher im Interesse der FDP, die der langfristigen und stabilen Stützung durch ein subkulturelles Milieu ja bitter bedarf. Inwieweit die neuen Mittelschichten allerdings den Kriterien einer Subkultur entsprechen, muß in diesem Zusammenhang zunächst dahingestellt bleiben.

Faßt man die Befunde der Inhaltsanalyse zusammen, so kann folgendes festgehalten werden:

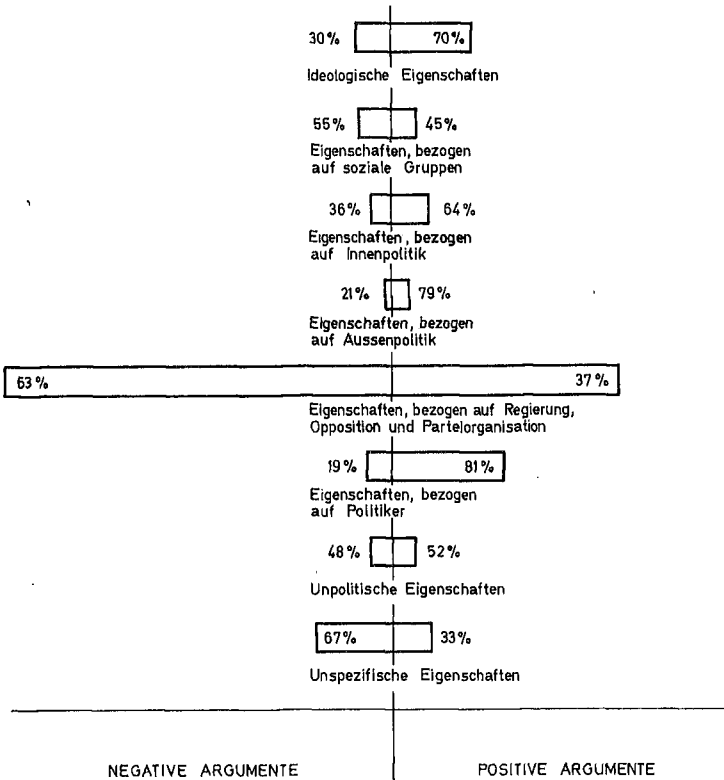
1. Für einen beachtlichen Teil der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland ist die FDP ein »unbekanntes Wesen«. Im Jahre 1972 konnten oder wollten sich 28 Prozent, im Jahre 1976 19 Prozent der

Befragten nicht zu den guten und schlechten Seiten dieser Partei äußern.

2. Sowohl 1972 als auch 1976 dominieren in den Vorstellungen der Bevölkerung über die FDP solche Konzepte, die auf die Koalitionsproblematik, die politische Moral und andere generelle Merkmale verweisen, wie die Leistungsfähigkeit der Partei, ihre allgemeinen programmatischen Absichten, ihre Selbstdarstellung oder Fragen ihrer Parteiorganisation. Die Koalitionsfrage wird dabei in der Bevölkerung für die FDP für so wichtig gehalten, daß sie zu beiden Zeitpunkten 20 Prozent der gesamten Argumente inhaltlich bestimmte. Der entsprechende Anteil lag sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der SPD stets unter der Einprozent-Marke.

3. Alle anderen Image-Komponenten treten dagegen zurück. Beachtenswert unter den spezifischen Argumenten bleiben allein der Be-

Schaubild 1: Image-Komponenten der FDP 1976



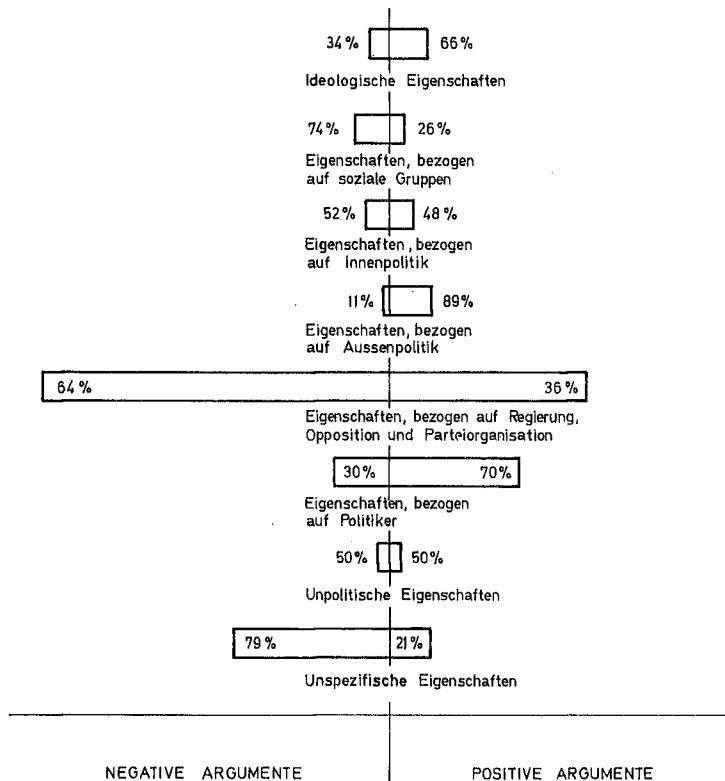
reich des politischen Personals und der Bereich der ideologischen Konzepte. Spezifische gruppenbezogene, innen- oder außenpolitische Vorstellungen sind im FDP-Image vergleichsweise selten vertreten.

4. Positive und negative Bewertungen halten sich in etwa die Waage. Dabei werden FDP-Politiker und die liberale Ideologie der Partei deutlich besser bewertet als solche Merkmale, die mit der Koalitionsproblematik verbunden sind.

5. Die in den Vorstellungen der Bevölkerung gefundenen Image-Elemente zeugen durchaus von politischem Realismus. Sie sind im Einklang mit der ideologischen Ausrichtung und der tatsächlichen Funktion der FDP im deutschen Parteiensystem.

In den Schaubildern 1 und 2 sind die Befunde, soweit es die Oberkategorien des Klassifikationsschemas angeht, in graphischer Form noch einmal dargestellt.

Schaubild 2: Image-Komponenten der FDP 1972



Parteiimage und Wahlabsicht

IN DER BISHERIGEN ANALYSE wurde allein, und in deskriptiver Absicht, auf die Verteilung und Bewertung von Komponenten im FDP-Image abgehoben. Es soll nunmehr die Frage gestellt werden, ob die Vorstellungen von einer politischen Partei die Verhaltensdispositionen von Individuen beeinflussen können und welches Gewicht die einzelnen Image-Komponenten für die Voraussage einer Wahlabsicht für die FDP besitzen.

Tabelle 2: Image-Komponenten als Determinanten der Wahlabsicht für die FDP: Eine Diskriminanzanalyse

Art der Image Komponente	Standardisierte Eigenvektoren	
	1976*)	1972*)
Positive ideologische Eigenschaften	-.52	-.45
Negative ideologische Eigenschaften	.06	.10
Soziale Gruppen, positiv	-.32	-.05
Soziale Gruppen, negativ	.03	.05
Innenpolitik, positiv	-.23	-.21
Innenpolitik, negativ	-.13	-.22
Außenpolitik, positiv	-.13	-.11
Außenpolitik, negativ	.05	0.8
Regierung, Opposition, Partei, positiv	-.39	-.54
Regierung, Opposition, Partei, negativ	.20	-.08
Politiker, positiv	-.18	-.06
Politiker, negativ	.09	.10
Unpolitische Eigenschaften, positiv	-.15	-.10
Unpolitische Eigenschaften, negativ	.05	.07
Unspezifische Eigenschaften, positiv	-.21	-.34
Unspezifische Eigenschaften, negativ	.08	.09
Kanonische Korrelation	.29	.30
*) $p < .01$		
Anzahl der korrekt klassifizierten Fälle:	75%	78%

Für eine Antwort auf diese Frage bietet sich das Verfahren der multivariaten Diskriminanzanalyse an. Aus den beiden Umfragen ist bekannt, ob die Befragten bei der jeweils kommenden Bundestagswahl die FDP mit ihrer Zweitstimme wählen wollten. Damit ergeben sich zwei Gruppen von Befragten: solche, die eine FDP-Wahlabsicht geäußert haben, und solche, die die FDP nicht in Betracht ziehen wollten.

Die vorgestellten acht Image-Komponenten dienen uns, in bewerteter Form, als unabhängige Variablen, mit denen die Wahlabsicht vorausgesagt werden soll. Insgesamt ergeben sich so 16 unabhängige Variablen, da für jede Image-Komponente die Zahl der positiven und die Zahl der negativen Argumente ermittelt wird. Technisch gesehen geht es bei dem Verfahren der multivariaten Diskriminanzanalyse um die Bestimmung der Linearkombination der unabhängigen Variablen, die die Befragten nach dem Kriterium der minimalen Fehlerzahl den beiden Gruppen der Befragten mit FDP-Wahlabsicht und der Befragten ohne FDP-Wahlabsicht zuordnen.

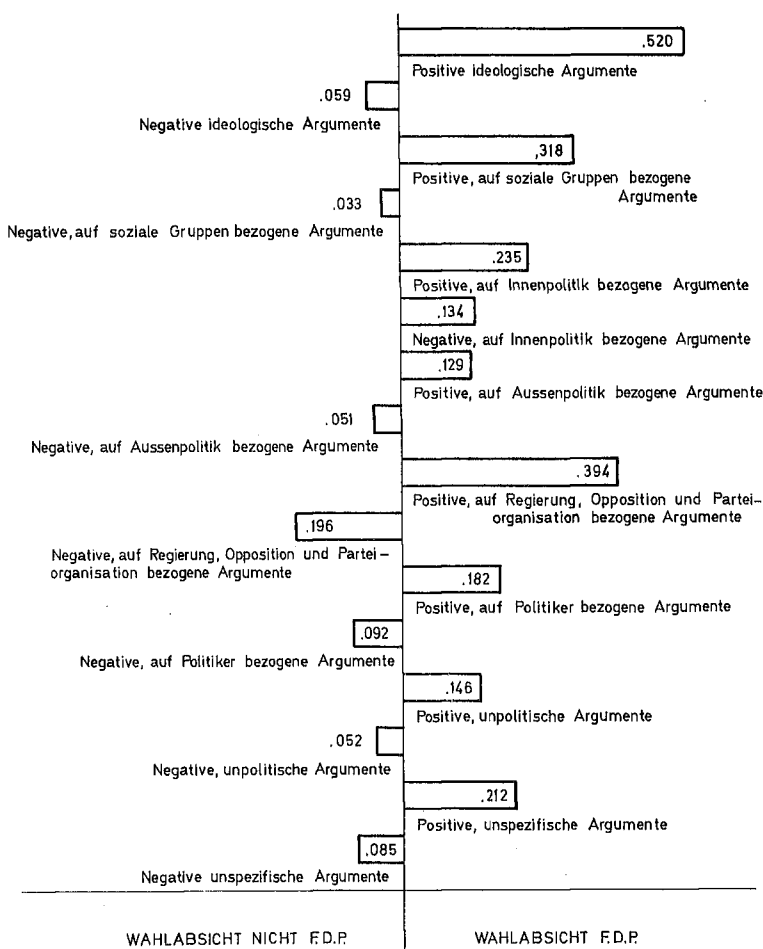
Die standardisierten Diskriminanzfunktions-Koeffizienten geben dabei an, welches relative Gewicht den einzelnen unabhängigen Variablen zukommt, wenn sie gleichzeitig zur Prognose der Gruppenzugehörigkeit herangezogen werden. In Tabelle 2 und in den Schaubildern 3 und 4 sind die Ergebnisse der Analyse dargestellt. Dabei geben die negativen Werte der standardisierten Diskriminanzfunktions-Koeffizienten einen Einfluß *zugunsten* der FDP an. Die gelungene Zuordnung zu den beiden Gruppen ist ein einfaches und plausibles Maß für die Beziehung zwischen Image-Komponenten und FDP-Wahlabsicht. Die Ergebnisse zeigen, daß weder 1976 noch 1972 von einer perfekten Zuordnung aufgrund der Image-Komponenten gesprochen werden kann. Einerseits werden 38 Prozent bzw. 35 Prozent der Befragten, die angaben, sie wollten die FDP wählen, der Gruppe der Nicht-FDP-Wähler zugeschlagen. Andererseits ergibt sich, daß 23 Prozent bzw. 20 Prozent der Nicht-FDP-Wähler der Gruppe der Befragten mit FDP-Wahlabsicht zugeordnet wurden.

Ginge man von den Vorstellungen der Bevölkerung über die FDP *allein* aus, so hätten im Jahre 1976 27 Prozent, im Jahre 1972 24 Prozent der Bevölkerung vorgehabt haben müssen, die FDP zu wählen. Rechnet man die Wahlbeteiligung mit ein, so kommt man hier in Dahrendorfsche Größenordnungen. Ist also das, was man über eine Partei denkt, und was man am Wahltag dann tut, weitgehend unverbunden? Die Zahl der Fehlklassifikationen ist zwar ein einfaches und plausibles Maß. Es muß aber bedacht werden, daß eine Zuordnung zu der einen

oder der anderen Gruppe schon dann erfolgt, wenn die Wahrscheinlichkeit der Gruppenzugehörigkeit, die sich aufgrund der Diskriminanzfunktion ergibt, mehr als 50 Prozent beträgt. Offensichtlich reicht eine solche Wahrscheinlichkeit im Falle der FDP aber nicht aus.

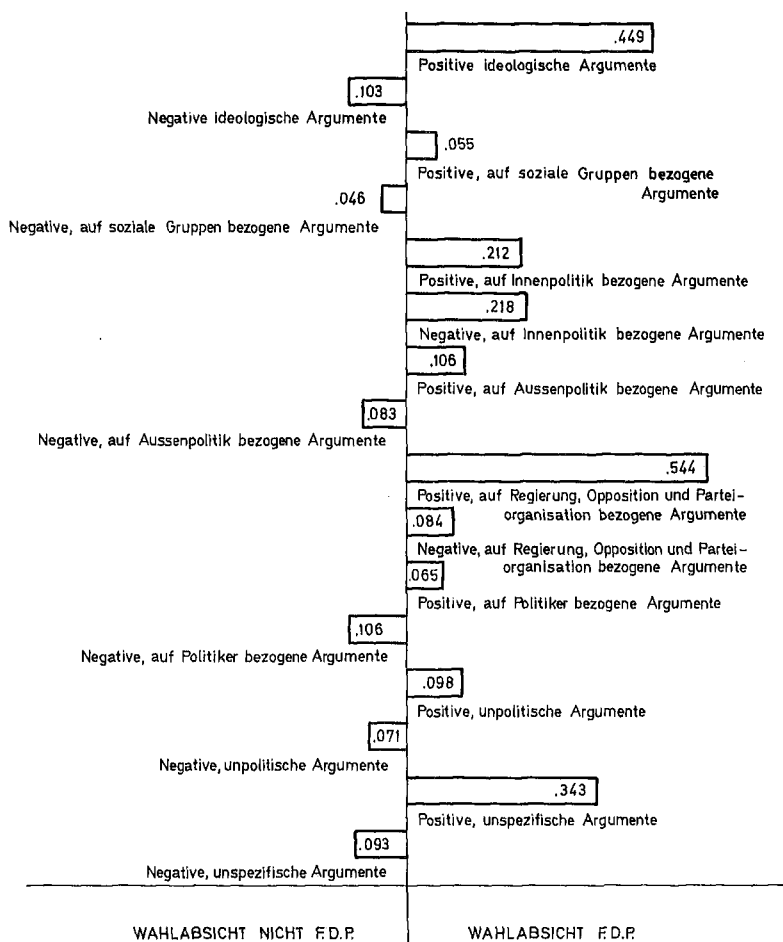
In der weiteren Analyse hat sich gezeigt, daß gerade solche Befragte, die in diesem mittleren Wahrscheinlichkeitsbereich liegen, häufig zu Fehlklassifikationen führen. Typisch ist dabei, daß zwischen SPD-

Schaubild 3: Beitrag der bewerteten Image-Komponenten der FDP 1976 zur Diskriminanzfunktion



und FDP-Wählern in diesem Falle nur schlecht unterschieden werden kann. Die Unterscheidung zwischen CDU/CSU-Wählern und FDP-Wählern ist weit weniger problematisch. Festzuhalten bleibt, daß Personen, die die FDP schätzen, zu einem größeren Prozentsatz die SPD wählen. Sind dies FDP-Leihstimmen für die SPD? Oder überlappen sich die Politikrichtungen, die FDP und SPD vertreten, in einem Maße, daß es für viele fast dasselbe ist, ob sie die eine oder die an-

Schaubild 4: Beitrag der bewerteten Image-Komponenten der FDP 1976 zur Diskriminanzfunktion



dere Partei wählen? Hier tun sich Fragen auf, die der weiteren Untersuchung bedürfen.

Das relative Gewicht der Image-Komponenten, wie es sich in den standardisierten Diskriminanzfunktions-Koeffizienten ausdrückt, gibt interessante Aufschlüsse. Als wichtigste Image-Komponenten stellten sich dabei sowohl 1976 als auch 1972 die ideologischen und die auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogenen Argumente – im Falle der FDP also in erster Linie die Koalitionsproblematik – heraus. Dabei hat sich die relative Bedeutung im Zeitvergleich zugunsten der ideologischen Argumente verschoben. Dieser Umstand ist im Einklang mit der auch sonst beobachteten Re-Ideologisierung der Politik, nicht nur in der Bundesrepublik. Die positiven, unspezifischen Argumente haben 1972 und 1976 ihr Gewicht behalten. Trotz der relativ häufigen Nennungen tragen die auf Politiker bezogenen Argumente nicht im erwarteten Maße zur Prognose der FDP-Wahlabsicht bei. Auch dies stützt eine von uns in anderem Zusammenhang vorgebrachte These. Die spektakulärste Veränderung von 1972 auf 1976 zeigt sich im Bereich der auf soziale Gruppen bezogenen Argumente. Das Gewicht dieser Image-Komponente zugunsten der FDP hat eindeutig zugenommen. Der »positive« Prognosebeitrag einiger »negativer« Image-Komponenten (1976: Innenpolitik, Außenpolitik; 1972: Innenpolitik, Regierung, Opposition, Parteiorganisation) ist schwer zu deuten. Eine kritische Haltung zur FDP in diesen Gebieten muß die Wahlabsicht für diese Partei also nicht unbedingt beeinträchtigen. Es kann aber auch sein, daß gerade durch solche Kommentare der SPD-wählende FDP-Sympathisant gekennzeichnet ist.

Wir wollen die Analyse an dieser Stelle abbrechen. Weitere Forschung ist geboten, will man eine Überinterpretation der Daten vermeiden.

Anmerkungen

- 1 J. G. Snider and Charles E. Osgood (eds.), *Semantic Differential Technique*, Chicago 1972.
- 2 Robert E. Lane, *Political Ideology*, New York 1962.
- 3 Angus Campbell, Gerald Gurin, and Warren E. Miller, *The Voter Decides*, Evanston, Ill. 1954; Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, and Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York 1960; Donald R. Matthews and James W. Prothro, *The Concept of Party Image and Its Importance for the Southern Electoral Process*, Englewood Cliffs, N. J., 1966, 139–174; Donald E. Stokes, *Partisan Attitudes and Electoral Decision*, Doctoral Dissertation, Yale University, 1958.

- 4 Hans D. Klingemann, Computerunterstützte Inhaltsanalyse bei offenen Fragen, Mannheim: ZUMA-Nachrichten Nr. 4, S. 3–19.
- 5 Hans D. Klingemann, Standardcode zur Verschlüsselung der Einstellungen zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) 1976. Vgl. auch Anm. 4; Klaus Schönbach, Wahlprogramme und Wählermeinung 1976, Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), S. 360–407.

Anhang

Das Kategorienschema der Inhaltsanalyse.^{a)}

Typologie der Eigenschaften von politischen Parteien

- 1 Ideologische Eigenschaften
 - 11 Links
 - 12 Progressiv
 - 13 Demokratisch
 - 14 Liberal
 - 15 Konservativ
 - 16 Radikal
 - 17 Christlich
 - 10 Sonstige ideologische Eigenschaften
- 2 Eigenschaften, bezogen auf soziale Gruppen
 - 21 Kirchen
 - 22 Oberschicht
 - 23 Mittelschicht
 - 24 Unterschicht
 - 25 Das Volk
 - 26 Alte Leute
 - 27 Junge Leute
 - 20 Sonstige auf soziale Gruppen bezogene Eigenschaften
- 3 Eigenschaften, bezogen auf Innenpolitik
 - 31 Wirtschaftspolitik
 - 32 Lohn- und Preispolitik
 - 33 Arbeits- und Beschäftigungspolitik
 - 34 Sozialpolitik
 - 35 Steuerpolitik
 - 36 Bildungspolitik
 - 37 Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Rechtspolitik

a) Aus Hans D. Klingemann: Standardcode zur Verschlüsselung der Einstellungen zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Mannheim, ZUMA 1976, S. 4–16.

- 38 Bundeswehr
- 39 Innenpolitik allgemein
- 30 Sonstige auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften
- 4 Eigenschaften, bezogen auf Außenpolitik
 - 41 Deutschlandpolitik
 - 42 Ostpolitik
 - 43 West- und Bündnispolitik
 - 44 Europäische Einzelstaaten
 - 45 Dritte Welt
 - 46 Außenpolitik allgemein
 - 40 Sonstige auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften
- 5 Eigenschaften, bezogen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation
 - 51 Regierungs- und Oppositionsleistung
 - 52 Koalitionsverhalten
 - 53 Politische Moral
 - 54. Programmatik
 - 55 Selbstdarstellung
 - 56 Organisation
 - 57 Parteigruppierungen
 - 50 Sonstige auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogene Eigenschaften
- 6 Eigenschaften, bezogen auf Politiker
 - 61 Kanzler, Kanzlerkandidat der SPD
 - 62 Kanzler, Kanzlerkandidat der CDU/CSU
 - 63 Parteiführer FDP
 - 64 Parteiführer CSU
 - 65 Politiker der SPD
 - 66 Politiker der CDU/CSU
 - 67 Politiker der FDP
 - 68 Politiker allgemein
 - 60 Sonstige auf Politiker bezogene Eigenschaften
- 7 Unpolitische Eigenschaften
 - 71 Unreflektierte Partei-Identifikation
 - 72 Unpolitische Merkmale
- 8 Unspezifische Eigenschaften
 - 81 Kategorische Bewertung
 - 82 Keine Unterschiede zwischen den Parteien
 - 80 Sonstige unspezifische Eigenschaften
- 9 Keine Eigenschaften genannt
 - 91 Politisches Desinteresse
 - 98 Weiß nicht
 - 99 Keine Angabe

Definitionen:

1 Ideologische Eigenschaften

Ein Bezug auf eine ideologische Eigenschaft liegt vor, wenn die politischen Parteien am Maßstab einer allgemeinen Theorie der gesellschaftlichen oder politischen Ordnung gemessen werden. Ideenorientiertes Wissen ist Voraussetzung für eine solche Bewertung. Die den politischen Parteien zugeschriebenen ideologischen Eigenschaften sind in der Regel einer der großen ideologischen Strömungen unserer Zeit entnommen (Kommunismus, Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus, Faschismus u. a.). Ideologisch geprägte Argumente werden von den Befragten häufig in einer wenig differenzierten Weise vorgetragen. Für die Vergabe eines Codes soll es jedoch bereits genügen, wenn Wörter verwendet werden, die der kulturell definierten Ideologiesprache zurechenbar sind. Kommen solche Wörter nicht vor, so ist ein Code für »Ideologische Eigenschaften« nur dann zu vergeben, wenn der Befragte in differenzierter Form gesellschaftliche oder politische Ordnungs- oder Entwicklungsvorstellungen anhand von Beispielen diskutiert. Sieben Typen ideologischer Eigenschaften werden unterschieden.

11 Links

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: kommunistisch, marxistisch, links, rot, proletarisch u. ä. verbunden. Es wird auf eine grundlegende und oft gewaltsame Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Endziel einer kommunistischen Ordnung Bezug genommen.

12 Progressiv

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: sozialistisch, demokratischer Sozialismus, sozialdemokratisch, progressiv, linksliberal, Reform, fortschrittlich, modern u. ä. verbunden. Es wird auf nicht-revolutionären sozialen und politischen Wandel Bezug genommen.

13 Demokratisch

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: demokratisch u. ä. verbunden. Es wird auf das Verständnis der politischen Partei für demokratische Normen oder auf die Mitwirkung der Bürger am politischen Leben (Bürgerinitiativen) Bezug genommen.

14 Liberal

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: liberal, sozialliberal, freiheitlich, bürgerlich, gemäßigt, ausgeglichen, Mitte u. ä. verbunden. Es werden die Rechte des Individuums betont, auf die Funktion von Privatinitiative u. ä. verwiesen.

15 Konservativ

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: reaktionär, rechts, konservativ, traditional, kapitalistisch, national, braun, faschistisch u. ä. verbunden. Die Bewahrung des status quo, die Funktionen eines hierarchischen Aufbaus der Gesellschaft werden betont.

16 Radikal

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

radikal, extrem, diktatorisch, totalitär u. ä. verbunden. Es wird auf die Folgen einer totalen Kontrolle des Staates über das gesellschaftliche und politische Leben verwiesen. Diese Kategorie trifft nur zu, wenn auf den Radikalismus allgemein hingewiesen wird. »Linksradikal« ist dagegen in Kategorie 11, »Rechtsradikal« in Kategorie 15 zu verschlüsseln.

17 Christlich

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

christlich, klerikal, ultramontan u. ä. verbunden. Der Bezug auf christliche *Ideen* muß klar erkennbar sein. Wird dagegen auf die Beziehung zwischen politischen Parteien und konfessionellen Gruppen oder Kirchen abgestellt, so ist Kategorie 21 zu verschlüsseln.

10 Sonstige ideologische Eigenschaften

Alle ideologischen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 11–17 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

2 Eigenschaften, bezogen auf soziale Gruppen

Ein Bezug auf soziale Gruppen liegt vor, wenn die politischen Parteien mit der Interessenlage von Bevölkerungsgruppen verknüpft werden. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und Bevölkerungsgruppen sind geschichtlich geprägt. Die Zuordnung solcher Eigenschaften setzt Wissen über solche Zusammenhänge voraus. Die Kategorie »Soziale Gruppen« ist weit gefaßt. Sie bezieht sich auch auf das Verhältnis der politischen Parteien zu den großen organisierten Interessenverbänden.

21 Kirchen

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

kirchentreu, kirchenfeindlich, katholisch, protestantisch u. ä. verknüpft. Es wird auf das Verhältnis der politischen Partei zu den christlichen Kirchen und anderen konfessionellen Gruppierungen Bezug genommen.

22 Oberschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

Großunternehmern, Industrie, Reichen, Unternehmerverbänden, Banken u. ä. verbunden. Besitz, hohes Einkommen und hoher Berufsstatus sind kennzeichnend für die Oberschichtgruppen.

23 Mittelschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

Kaufleuten, kleinen und mittleren Unternehmern, Handwerkern, Beamten, Angestellten, Landwirten, dem Mittelstand, dem Bürgertum u. ä. verbunden, soweit sie nicht als zur Oberschicht gehörig qualifiziert werden. Es wird auf die besondere Lage dieser Berufe zwischen Ober- und Unterschicht, als Gruppe zwischen den Konzernen und den Gewerkschaften hingewiesen.

24 Unterschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie: Arbeitern, Arbeitnehmern, dem »kleinen Mann«, den Armen, den Gewerkschaften oder benachteiligten sozialen Gruppen allgemein u. ä. verbunden. Besitzlosigkeit, niedriges Einkommen und niedriger Berufsstatus sind kennzeichnend für Unterschichtgruppen. »Gastarbeiter« fallen nicht in diese Kategorie; sie sind in Kategorie 20 zu verschlüsseln.

25 Das Volk

Die politische Partei wird mit Gruppenbezeichnungen wie: »Wir alle«, »Uns«, jedermann, die Bevölkerung u. ä. verbunden. Ein Schicht- oder Klassenkonzept wird nicht angesprochen.

26 Alte Leute

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie: den Alten, Rentnern u. ä. verbunden. Die Kategorie trifft nur zu, wenn der Gruppenbezug deutlich gemacht wird.

Wird von »Rentenpolitik« gesprochen, so ist Kategorie 34 zu verschlüsseln.

27 Junge Leute

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie: der Jugend, Schülern, Studenten u. ä. verbunden. Wird von »Ausbildungsförderung«, »Bildungspolitik« u. ä. gesprochen, so ist Kategorie 36 zu verschlüsseln; Kategorie 27 trifft also nur zu, wenn der Gruppenbezug klar erkennbar ist.

20 Sonstige auf soziale Gruppen bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen auf soziale Gruppen bezogenen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 21–27 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

3 Eigenschaften, bezogen auf Innenpolitik

Ein Bezug auf Innenpolitik liegt vor, wenn die politischen Parteien im Hinblick auf innenpolitische Maßnahmen beurteilt werden. Dabei wird in der Regel auf einzelne Bereiche der Innenpolitik Bezug genommen; es darf aber auch allgemein von Innenpolitik gesprochen werden.

31 Wirtschaftspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten bewertet. Dazu gehören: die konjunkturelle Lage (Stabilität), allgemeine Probleme der Währungs-, Haushalts- und Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik (freie, soziale Marktwirtschaft, Erhaltung des Eigentums, Vermögensbildung (624-Mark-Gesetz), Mitbestimmung, Verstaatlichung u. ä.).

32 Lohn- und Preispolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Lohn- und Preispolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Preissteigerungen, Inflation, zu hohe oder zu geringe Löhne, Gratifikationen für

Arbeitnehmer u. ä. Im Gegensatz zur Kategorie »Wirtschaftspolitik« kann der Befragte hier in der Regel einen Bezug zur eigenen wirtschaftlichen Situation herstellen.

33 Arbeits- und Beschäftigungspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Arbeits- und Beschäftigungspolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitskräftemangel und sonstige Probleme der Arbeitsmarktpolitik. Auch hier kann in der Regel vom Befragten ein Bezug zur eigenen Situation hergestellt werden.

34 Sozialpolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Alterssicherung (Renten), Krankenversorgung, staatliche Vorsorge- und Unterstützungsmaßnahmen, sozialer Wohnungsbau und Mietrecht, das »Netz der sozialen Sicherheit« sowie die soziale Einstellung der politischen Partei generell (z. B. auch § 218, Bau von Kinderspielplätzen etc.).

35 Steuerpolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Steuerpolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: die Art und Höhe der Steuern (Mehrwertsteuer, Kirchensteuer, u. ä.) sowie anderer staatlicher Abgaben. Die Bewertung des Umgangs mit Steuergeld (»Geldverschwendung«) gehört ebenfalls in diese Kategorie.

36 Bildungspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Bildungspolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: berufliche Bildung, Mangel an Lehrstellen, Qualität der schulischen Bildung, Zugang zu den Hochschulen (Numerus clausus), Lehrermangel, Lehrerschwemme, Bau von Schulen u. ä.

37 Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Rechtspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der inneren Sicherheit, Ruhe und Ordnung (Sitte und Moral) bewertet. Dazu gehören Probleme wie: die Entwicklung der Kriminalität, der Strafvollzug, das Strafrecht, Demonstrationsverbot, Radikalenerlaß (»Berufsverbot«), Notstandsgesetze, Spionage, Verbot der NPD, Verwilderung der Moral (Pornographie u. ä.) sowie Rechtspolitik allgemein.

38 Bundeswehr

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich Bundeswehr bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Stärke, Ausbildung, Bewaffnung, Wehrpflicht, die generelle Notwendigkeit deutschen Militärs und Fragen der Verteidigungspolitik, soweit diese nicht primär Bündnispolitik (Kategorie 43) sind.

39 Innenpolitik allgemein

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz zur Bewältigung

der allgemeinen innenpolitischen Lage bewertet. Es wird der Bereich der Innen- und Gesellschaftspolitik nur generell angesprochen, Teilbereiche werden nicht herausgehoben.

- 30 Sonstige auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften
Alle sonstigen auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 31–39 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.
- 4 Eigenschaften, bezogen auf Außenpolitik
Ein Bezug auf Außenpolitik liegt vor, wenn die politischen Parteien im Hinblick auf außenpolitische Maßnahmen beurteilt werden. Dabei wird in der Regel auf einzelne Bereiche der Außenpolitik Bezug genommen; es kann aber auch allgemein von Außenpolitik als Bereich gesprochen werden.
- 41 Deutschlandpolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Deutschlandpolitik beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: die Anerkennung der DDR (Hallstein-Doktrin), die Berlinfrage (Transitverkehr u. ä.), die Wiedervereinigung Deutschlands und andere Fragen, die die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander betreffen.
- 42 Ostpolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Ostpolitik beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: die Ostverträge, Oder-Neiße-Grenze, Friedenspolitik, Entspannungspolitik sowie andere Fragen der Ausgestaltung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostens.
- 43 West- und Bündnispolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der West- und Bündnispolitik beurteilt. Dazu gehören Fragen wie: die Beziehungen zum Westen im allgemeinen und zu den USA im besonderen, sowie die Beziehung zu und die Beurteilung der Bündnisgemeinschaften des Westens (NATO, EG).
- 44 Europäische Einzelstaaten
Die politische Partei wird unter Verweis auf westeuropäische Einzelstaaten beurteilt. Dazu gehört die innere Unsicherheit der Entwicklung in solchen Ländern oder ein Vergleich der wirtschaftlichen Lage zwischen der Bundesrepublik und diesen Ländern.
- 45 Dritte Welt
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Politik gegenüber Ländern der Dritten Welt beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: Entwicklungshilfe, Welthandelskonferenzen u. ä.

46 Außenpolitik allgemein

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz für die Bewältigung der allgemeinen außenpolitischen Lage beurteilt. Es wird der Bereich der Außenpolitik nur generell angesprochen (Völkerverständigung, Politik der Stärke u.ä. eingeschlossen). Teilbereiche der Außenpolitik werden nicht herausgehoben.

40 Sonstige auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen, auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 41–46 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

5 Eigenschaften, bezogen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation

Ein Bezug auf Regierung, Opposition und Partei liegt vor, wenn auf die Leistungsfähigkeit, die politische Moral, die programmatischen Absichten im allgemeinen, die Organisation oder die Selbstdarstellung der Partei (z. B. im Wahlkampf) verwiesen wird. Spezifische Kompetenzen im innen- und außenpolitischen Bereich gehören nicht in diese Kategorie.

51 Regierungs- und Oppositionsleistung

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Leistungen in der Rolle der Regierung oder Opposition beurteilt. Dazu gehört der Verweis auf: leisten viel bzw. wenig, sind politisch konsequent, setzen viel durch, haben Mut zu unpopulären Maßnahmen, schnelles Handeln, finden sich mit den Realitäten ab, machen konstante Politik, gehen einen Mittelweg, nehmen Neues in Angriff, machen Versprechungen, regieren richtig bzw. falsch u.ä.

52 Koalitionsverhalten

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihr Koalitionsverhalten beurteilt. Dazu gehört ihr Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Koalitionspartner, ihr zu großer bzw. zu geringer Einfluß in der Koalition, ihre Koalitionsabsichten u.ä. Das Verhältnis von CDU zu CSU gehört nicht in diese Kategorie, sondern vielmehr in die Kategorie 56.

53 Politische Moral

Die politische Partei wird im Hinblick auf ihr Rollenverständnis, ihren politischen Stil insbesondere auch gegenüber dem politischen Gegner beurteilt. Das Verhalten wird als fair oder unfair, tolerant, offen und ehrlich, wankelmütig, machthungrig u.ä. gekennzeichnet. Im Hinblick auf das Rollenverständnis wird angeführt: ist kein guter Verlierer; machen Parteibuchwirtschaft; Ämterpatronage; eine kleine Partei kann bestimmen, wer an die Regierung kommt; überschreiten die Grenzen ihrer Befugnisse bzw. halten sich in den Grenzen ihrer Befugnisse. In diese Kategorie gehören auch sonstige Fragen der politischen Korruption und Begünstigung (z. B. Beraterverträge).

54 Programmatik

Die politische Partei wird in allgemeiner Form in Bezug auf die Inhalte von Programmen, Entwürfen, Vorhaben, Alternativen, Zielen u.ä. beurteilt.

Sie werden in der Regel als: gut bzw. schlecht, klar bzw. unklar, vielversprechend, falsch u. ä. bezeichnet. Von der Partei wird gesagt: ihre Weltanschauung ist gut/schlecht, hat neue Ideen, mehr Argumente u. ä.

55 Selbstdarstellung

Die politische Partei wird im Hinblick auf ihre Fähigkeit beurteilt, Leistungen, die sie erbracht hat (auch in ihrer Rolle als Regierung und Opposition), adäquat darzustellen. Der Inhalt (z. B. Wahlslogans) und die Form (Wahlkampfstil) der Information und Selbstdarstellung wird angesprochen. Beispiele wären: kann sich nicht verkaufen, macht eine schlechte Informationspolitik, machen uns ein X für ein U vor u. ä.

56 Organisation

Die politische Partei (auch in ihrer Rolle als Regierung und Opposition) wird im Hinblick auf ihre innere Geschlossenheit oder Zerstrittenheit, ihre Führung u. ä. beurteilt. Hierzu gehören auch Bezüge auf das Verhältnis der CDU zur CSU.

57 Parteigruppierungen

Die politische Partei wird in bezug auf Gruppen innerhalb der Partei beurteilt. Zu diesen Gruppen gehören: der Arbeitnehmerflügel, die Sozialausschüsse, die Jusos, die Junge Union, die Jungdemokraten u. ä. Die Kategorie trifft auch zu, wenn auf die Parteimitglieder insgesamt Bezug genommen wird.

50 Sonstige auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogenen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 51–57 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

6 Eigenschaften, bezogen auf Politiker

Eine politikerbezogene Eigenschaft der politischen Partei liegt vor, wenn die politischen Parteien durch die Qualität ihres Führungspersonals bewertet werden. Das gilt sowohl für namentliche Nennungen als auch für einen Bezug auf Führungspositionen, die von der politischen Partei besetzt sind.

61 Kanzler, Kanzlerkandidaten der SPD

Die politische Partei wird durch ihren Kanzler bzw. Kanzlerkandidaten gekennzeichnet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.

62 Kanzler, Kanzlerkandidat der CDU/CSU

Die politische Partei wird durch ihren Kanzler bzw. Kanzlerkandidaten gekennzeichnet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.

63 Parteiführer der FDP

Die FDP wird durch ihren Parteiführer gekennzeichnet. Dies kann durch die Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.

- 64 **Parteiführer der CSU**
Die CSU wird durch ihren Parteiführer gekennzeichnet, bzw. die CDU wird durch den CSU-Vorsitzenden bewertet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.
- 65 **Politiker der SPD**
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der SPD.
- 66 **Politiker der CDU/CSU**
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der CDU/CSU.
- 67 **Politiker der FDP**
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der FDP.
- 68 **Politiker allgemein**
Die politische Partei wird in bezug auf die besonderen Fähigkeiten ihrer Politiker allgemein bewertet. Zum Beispiel: sie haben gute (schlechte) Experten; haben eine gute (schlechte) Führungsmannschaft; Politiker taugen nichts; unzufriedene, unsichere Abgeordnete u. ä.
- 60 **Sonstige auf Politiker bezogene Eigenschaften**
Alle sonstigen auf Politiker bezogene Eigenschaften der politischen Parteien, die nicht mit Hilfe der Kategorien 61–68 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.
- 7 **Unpolitische Eigenschaften**
Eine unpolitische Eigenschaft einer politischen Partei liegt vor, wenn zu ihrer Bewertung Maßstäbe herangezogen werden, die für die Bewertung dieser Parteien und ihrer Politiker irrelevant sind.
- 71 **Unreflektierte Partei-Identifikation**
Die politische Partei wird durch den Hinweis bewertet, daß man hier am Ort diese Partei eben immer wähle; daß in der Familie es so Brauch sei, die Partei zu wählen; daß man es tue, weil es der Ehemann, Nachbar u. ä. auch so macht. Für eine Ablehnung der politischen Partei werden diese Argumente mit umgekehrtem Vorzeichen verwendet.
- 72 **Unpolitische Merkmale**
Die politische Partei wird durch den Hinweis bewertet, daß sie z. B. gut gekleidete Politiker habe, daß die Politiker zu viel auf Reisen gingen, zu viel Ferien machten u. ä.
- 8 **Unspezifische Eigenschaften**
Eine unspezifische Eigenschaft einer politischen Partei ist durch mangelnde Differenzierung gekennzeichnet. Es wird nur eine globale Bewertung ausgesprochen.

- 81 **Kategorische Bewertung**
Eine politische Partei wird kategorisch bewertet, wenn man z. B. sagt, daß einem alles, so gut wie alles, vieles gefällt oder mißfällt und dann diese Wertung nicht weiter erläutert.
- 82 **Keine Unterschiede zwischen den Parteien**
Der Befragte stellt fest, daß es keine Unterschiede zwischen den politischen Parteien gibt, ohne dieses näher auszuführen.
In der Regel wird eine solche Antwort auf die erste Teilfrage (Was sind die guten Seiten der . . . ?) gegeben. Die weiteren Fragen werden nicht mehr beantwortet. Obwohl der Interviewer hier den Vermerk »Keine Angabe« macht, ist auch bei den Folgefragen 82 zu verschlüsseln. Das gilt nicht für den Fall, daß, trotz der Eingangsbemerkung des Befragten, die politischen Parteien dennoch im Detail bewertet werden.
- 80 **Sonstige unspezifische Eigenschaften**
Alle sonstigen unspezifischen Eigenschaften der politischen Parteien, die nicht mit Hilfe der Kategorien 81, 82 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.
- 9 **Keine Eigenschaften**
Wenn der Befragte keinen Versuch macht, die Frage im gestellten Sinne zu beantworten, wird die Kategorie »Keine Eigenschaften« verschlüsselt.
- 91 **Politisches Desinteresse**
Die Beantwortung der Frage wird mit dem Verweis auf mangelndes politisches Interesse abgelehnt.
Es trifft häufig zu, daß diese Begründung nur bei der ersten Teilfrage gegeben wird und die Folgefragen vom Interviewer mit »Keine Angabe« gekennzeichnet werden. Ist dies der Fall, so sollen alle Folgefragen ebenfalls mit der Kategorie 91 verschlüsselt werden.
- 98 **Weiß nicht**
Die Beantwortung der Frage wird unter Verweis auf mangelnde Information abgelehnt.
- 99 **Keine Angabe**
Der Interviewer konnte den Befragten zu keiner Antwort bewegen oder er hat aus irgendwelchen Gründen keinen Eintrag im Fragebogen gemacht.